

„Nicht die Besetzungen sind das Problem“

Luciano Muhlbauer lebt in Mailand, war führendes Mitglied der linken Basisgewerkschaft SinCobas, im Juli 2001 einer der Sprecher des Genua Sozialforums und von 2005 bis 2010 für Rifondazione Comunista Regionalrat der Lombardei

Raoul Rigault

In den letzten Tagen fanden in Mailand Großeinsätze der Polizei gegen besetzte Soziale Zentren und Zwangsräumungen von Familien statt? Was ist genau geschehen?

Zuerst sind sie in absolut nicht zu rechtfertigender Weise gegen die Demonstration der Schüler und Studenten vorgegangen, die zusammen mit den Metallarbeitern der Gewerkschaft FIOM-CGIL gegen die aktuelle Arbeitsmarktpolitik protestierten. Einige Tage später begann dann eine Kampagne täglicher Räumungsaktionen von Sozialwohnungen. Eine Menge an Knüppelinsätzen und Straßenschlachten in einem sehr kurzen Zeitraum, wie sie Mailand seit langem nicht mehr erlebte. Hinzufügen muss man, dass bereits der Sommer durch die Räumung zweier selbstverwalteter Sozialer Zentren gekennzeichnet war. Kurz gesagt, die Tendenz die sozialen Probleme in Probleme der öffentlichen Ordnung zu verwandeln, hat zugenommen.

Besteht ein Zusammenhang zwischen den jetzigen Aktionen und der EXPO 2015?

Die Großereignisse und die ihnen eigene Logik haben dort, wo sie stattfinden, immer massive Auswirkungen. Das ist auch in Mailand der Fall. Alles muss sich dem großen Event und den darum kreisenden Interessen beugen. Deshalb müssen die Dinge, die unbequem sind, die dem offiziellen Image nicht entsprechen oder Kritik und abweichende Ansichten äußern, entweder verschwinden oder weit weg vom Schaufenster des Großereignisses verdrängt werden. In diesem Sinne verstärkt die EXPO die genannte Tendenz ohne Frage.

Seit dem 1. Juni 2011 hat die Stadt doch mit Giuliano Pisapia einen Bürgermeister, der aus den Kreisen der radikalen Linken kommt (SEL und vorher Rifondazione Comunista). Welche Rolle spielt er bei all dem?

Seit 2011 ist viel Wasser den Fluss hinunter geflossen und viele Hoffnungen haben sich in der Zwischenzeit in Enttäuschung verwandelt. Auf der Linken gibt es, speziell unter den Bewegungen, eine Desillusionierung. Manchmal kommt es dabei jedoch zu Übertreibungen und es entsteht der Anschein, dass alles nur die Schuld von Pisapia ist. Durchaus verständlich. Bei solchen Ernüchterungen ist das normal. Wenn wir uns nicht vergaloppieren wollen, müssen wir allerdings realistischer sein.

Das wahre Problem besteht meines Erachtens darin, dass es ein bisschen am Mut gefehlt hat. Also an der Kraft, etwas zu wagen, greifbare Signale für Veränderung zu

geben. Es war ja gerade der Wille zur Veränderung, der Pisapias Kandidatur 2011 Flügel verlieh. Schauen wir uns zum Beispiel die geplante EXPO an. Das ist eine Geschichte von Korruption und Geschäftemacherei, weil sie seinerzeit genau so von seinen Vorgängern Formigoni (Lega Nord) und Moratti (Forza Italia), das heißt von den Rechten, konzipiert wurde. Pisapia trägt dafür keine Verantwortung, aber er hat sich 2011 entschieden, diese Ausstellung so zu nehmen, wie sie war, und sich nicht getraut, daran etwas zu ändern. Das ist ein Beispiel von vielen, vermittelt aber vielleicht eine Vorstellung von dem Problem.

Es scheint, dass die Medien (der "Corriere della Sera" und andere) Propaganda für die Räumungen machen. Ist das so?

Der *Corriere* ist, insbesondere in Mailand, nicht irgendeine Zeitung. Er ist eine Institution, eine Stimme, die zählt und Meinung macht. An den Räumungsaktionen trägt er zweifellos eine erhebliche Mitschuld. Denen ging eine Kampagne der Angstmacherei voraus, die die Mailänder Arbeiterviertel darstellte als handelte es sich um die Peripherie von Bagdad. An allem schuld sei der "missbräuchliche Besetzer". Die Rechten und die Regionalregierung der Lombardei, die in den Händen der (*rechtspopulistischen; jW*) Lega Nord ist, haben die Sache hochgespielt und so entstand die Parole "200 Räumungen sofort", die man heute, angesichts der angerichteten Desaster, herunterzuspielen versucht. Und die Mailänder Stadtverwaltung? Die hat sich, wie immer, nicht eingemischt, sondern am Ende der Stimmungsmache angeschlossen. Paradoxerweise war der Präfekt, also der oberste Ordnungshüter, die einzige Autorität, die vor einigen Tagen erklärte, dass die Besetzungen ein soziales Problem seien und keines der öffentlichen Ordnung...

Wie ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt in der Metropole Mailand im Allgemeinen?

Was den öffentlichen Wohnungsbau anbelangt, gibt es in Mailand und 68000 Sozialwohnungen. Von denen sind fast 4000 besetzt und 9700 stehen leer, zum Teil seit Jahren. Der Anteil der regulären Mieter, die mit ihren Zahlungen im Rückstand sind, beträgt 30 Prozent und auf der Warteliste stehen fast 25000 Leute. Auf dem privaten Immobilienmarkt dagegen stehen ungefähr 80000 Wohnungen leer. Die Zwangsräumungen wegen Säumigkeit nehmen zu. Mieten und Hypothekendarlehen für den Erwerb von Eigentum sind oftmals unerschwinglich. Deshalb bleibt ein Großteil der Jugendlichen, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen bis zum 30. Lebensjahr bei ihren Eltern wohnen. Diese paar Zahlen genügen, um zu begreifen, dass mit Sicherheit nicht die Besetzungen das Problem sind, sondern das Fehlen einer Wohnungspolitik, die diesen Namen verdient.

In den vergangenen Wochen gab es eine ganze Reihe von Einsätzen der so genannten Ordnungskräfte gegen soziale und Gewerkschaftsdemos und jetzt die Attacken in Mailand. Stehen wir vor einer Verschärfung der Repression unter der Regierung von Matteo Renzi?

Eine solche Kürzungspolitik, die die Kosten der Krise auf die üblichen Verdächtigen abwälzt und die Situation nutzt, um ein reaktionärereres Sozialmodell zu entwerfen, kann im Grund gar nicht anders als autoritärer und repressiver zu werden. Dies gilt auch für die Regierung Renzi, mit dem Zusatz, dass Renzi einer unerbittlichen Machtlogik folgt, die die Ausschaltung jeder Vermittlungsinstanz vorsieht, angefangen bei der Gewerkschaft. Zwischen seiner Macht und den einzelnen Bürgern darf nichts mehr stehen. Das heißt nichts darf mehr Gewicht, Stärke und Macht besitzen. Diese Logik neigt natürlich dazu die

repressiven Tendenzen zu verstärken.

Wie sieht es mit dem Widerstand aus? Sind die Bewegung und die Betroffenen stark genug, um diesen Angriff zurückschlagen?

Die Anwendung von Gewalt durch die staatlichen Institutionen zielt derzeit nicht darauf ab, eine starke Bewegung zu zerschlagen. Man will vielmehr verhindern, dass sich eine starke Bewegung formieren kann. Die soziale Opposition ist heute zersplittert und insgesamt schwach. Es gibt einen sozialen Konflikt, aber sehr viel geringer als zu erwarten war, weil noch immer die Resignation oder die kurzfristigen Wutausbrüche überwiegen, die dann jedoch zu einem leichten Spiel für die Rechten werden. "Den Angriff zurückzuschlagen" bedeutet, die Frage ganz und gar politisch anzugehen und eine Kraft aufzubauen, die den Kämpfenden und denen, die versuchen, Widerstand zu leisten, eine Perspektive bieten kann.

Was erwartest Du Dir von der politischen Linken, um gegen die Austeritätspolitik und den Abbau von Rechten vorzugehen?

Wir müssen von der Feststellung ausgehen, dass die politische Linke hier und heute überhaupt erst geschaffen werden muss. In Italien gibt es keine Syriza wie in Griechenland und kein Podemos wie in Spanien. Es existieren verschiedene Teile, Ergebnisse einer vergangenen Geschichte, alles in allem aber der Situation unangemessen und in der Gefahr in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Gleichzeitig bestätigt sich mit jedem Tag, der vergeht, dass es Raum für die Linke und ein Bedürfnis nach ihr gibt, das heißt nach einem alternativen Projekt gegen das neoliberale der Kürzungs- und Umverteilungspolitik von unten nach oben. Ohne jenes Projekt und jenes Subjekt, die derzeit nicht existieren, werden die Rechten einen enormen Spielraum haben, wie wir auch an dem rapiden Popularitätswachstum des neuen Führers der Lega Nord, Matteo Salvini, sehen können, der sich für einen rechtsradikalen Kurs entschieden hat.